

Lambrecht, Lars

Working Paper

Demokratie stärken

ZÖSS Discussion Paper, No. 07

Provided in Cooperation with:

University of Hamburg, Centre for Economic and Sociological Studies (CESS/ZÖSS)

Suggested Citation: Lambrecht, Lars (2006) : Demokratie stärken, ZÖSS Discussion Paper, No. 07, Universität Hamburg, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS), Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/44930>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ZÖSS

ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN



Discussion Papers

ISSN 1868-4947/07

LARS LAMBRECHT

DEMOKRATIE STÄRKEN

ZÖSS Discussion Paper No. 07

Redaktion:

Dipl.-Sozialökonomin Marcelle Weber
ZÖSS - Department Wirtschaft und Politik
Universität Hamburg
Von-Melle-Park 9
D – 20146 Hamburg

Im Internet: www.zoess.de

„Demokratie stärken“¹

(Vorbemerkung: Von Wolf-Rüger Felsch wurde ich eingeladen, mit einem Einstiegsreferat zum Grundsatzprogramm 5 („Demokratie stärken“) meine „Sichtweise deutlich werden zu lassen“. Diesem Wunsch will ich gerne nachkommen. Wenn allerdings im heutigen Eingangreferat von Wolfgang Rose die Rede davon war, dass die Referenten hier „Ideen“ beisteuern sollten und wenn unter „Ideen“ dann Antworten, Lösungen o.ä. auf die Frage nach dem, was Demokratie ist, verstanden werden sollten, dann muss ich für meinen Teil sagen, dass ich damit nicht aufwarten kann, obwohl ich mich mit dieser Frage über 30 Jahre wissenschaftlich beschäftigt habe.² Stattdessen möchte ich mit drei Thesen problemorientierend und provokativ zum gemeinsamen Nachdenken und zur Diskussion und Beratung anzuregen versuchen. Eine solche gemeinsame Beratung dient nach meiner Überzeugung dem Grundsatz „Demokratie stärken“ in der Gegenwart am besten.)

1. These:

Zur Provokation dient mir ein Satz des großen antifaschistischen Publizisten und Schriftstellers Karl Kraus aus seiner im Herbst 1933 verfassten „Dritten Walpurgisnacht“: „Mir fällt zu Hitler nichts ein“. Abgewandelt und übertragen möchte ich sagen: „Mir fällt zur Demokratie nichts mehr ein“. Anders gesagt: In zu vielen Fällen, in denen jemand von oder über Demokratie spricht, werden Sonntagspredigten gehalten, Worte geäußert, die an uns vorbeirauschen. Denn: Lapidar zwar, aber gleichwohl konsequent erscheint das Urteil des Althistorikers J. Bleicken: „Demokratie ist [heute, LL] ein Allerweltswort geworden, das jedem erlaubt, darunter zu verstehen, was ihm beliebt.“³ Alle, so könnte man sagen, sind Demokraten. Positionen von rechts bis links beanspruchen, demokratisch zu erscheinen, wie z.B. die Position des deutschen konservativen Staats- und Völkerrechtler C. Schmitt, der Hitler eine Verfassung schreiben wollte, dass alle politischen Strömungen des 20. Jh. die Demokratie für sich beanspruchten,⁴ oder die des Marxisten U.-J. Heuer: „Heute bekennt sich jeder oder fast jeder zur Demokratie“.⁵ Schon Churchill wird die alltagsprachliche Aussage zugeschrieben, Demokratie sei von allen schlechten Regierungsformen die beste. Diese Meinung ist allerdings gar nicht so modern:

¹ Geringfügig überarbeitetes Einstiegsreferat zur Diskussion über das neue Grundsatzprogramm von Ver.di beim Workshop von Ver.di Hamburg („Die Hamburger bringen sich zur Programmdiskussion ein“) am 31. März 2006 im Bürgerhaus Wilhelmsburg.

² Von den jüngeren Publikationen vgl. L. Lambrecht: [Art.] Demokratie. In: H.J. Sandkühler (Hg.), Enzyklopädie Philosophie, Hamburg 1999, Bd. 1, S. 215-225; ders. in: H.J. Sandkühler u.a. (Hg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Hamburg 1990, Bd.1, S. 483-533.

³ J. Bleicken: Die athenische Demokratie, Paderborn/München/Wien 1986, S. 386.

⁴ Vgl. C. Schmitt: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin ⁵1979, 31 f.; ders., Verfassungslehre, Berlin ⁵1970, S. 225.

⁵ U.-J. Heuer: Marxismus und Demokratie, Baden-Baden 1989, S. 15.

Beurteilte doch schon Platon alle Verfassungen aller Staaten seiner Zeit als mangelhaft.⁶ In der Vergangenheit kennzeichnete Demokratie stets eine Besonderheit – z.B. die Demokratie der ‚Griechen‘, der ‚Armen‘, der ‚Unterdrückten‘, der gesellschaftlichen ‚Ungleichheit‘ etc. Dagegen stellt sie heute eine Allgemeinheit dar: Alle, so kann ich wiederholen, sind Demokraten, – ihr Unterscheidungsmerkmal ist in eine adjektivische Position verdrängt. Man unterscheidet ‚repräsentative‘, ‚konservative‘, ‚prozedurale‘, ‚radikale‘, ‚starke‘, ‚direkte‘, ‚plebiszitäre‘, ‚basale‘, ‚partizipative‘, ‚deliberative‘, ‚pluralistische‘ Demokratie und vieles mehr.⁷ Eine solche scheinbare Beliebigkeit im alltagssprachlichen Umgang mit dem Begriff dürfte zwar eher geeignet sein, die tiefgreifenden Kontroversen um die inhaltlichen Prinzipien der Demokratie zu verdecken, und muss jedenfalls wissenschaftlich ungenügend sein. Dass Demokratie aber zur einer Allgemeinheit geworden ist, kann auch von Vorteil sein, kann auch eine große Chance für die Demokratie bedeuten: Denn dieses Allgemeinverständnis kann als ein gemeinsamer Maßstab für pluralistische Optionen und unterschiedliche Handlungen in unserer Gesellschaft gelten, insofern es tatsächlich als *allgemeine* Meinung angesehen werden darf und diese ‚Gemeinsamkeit der Demokraten‘ nicht zugleich wieder zur politisch-ideologischen Ausgrenzung missbraucht wird – denn: Es gibt keine Alternative zur Demokratie!

Neuzeitlichem allgemeinem Verständnis nach bezeichnet Demokratie aber meistens die Beschlussfassung einer Bevölkerungsmehrheit, so wie sich diese Mehrheit in den von ihr in allgemeinen, freien, geheimen und gleichen Wahlen ihrer Stellvertreter (Repräsentanten, Delegierte, Mandatsträger) und deren dadurch konstituierten Institutionen, Gremien, Organisationen u.ä. darstellt bzw. ausdrückt. *Das aber kann und darf bei weitem nicht genügen!*

Denn dabei entsteht erstens die Frage – und wo bleiben wir? Und zweitens: Es sind doch heute auch lange schon Klagen über eine angeblich totale Sinnentleerung des Begriffs, wie ich es eben zu demonstrieren versuchte, bei gleichzeitig zunehmender „Indifferenz gegenüber den öffentlichen Angelegenheiten und politische[r] Unkenntnis“ weit verbreitet.⁸ Als jüngstens Beispiel seien hier nur die letzten Landtagswahlen angeführt, bei denen etwa in Sachsen-Anhalt nur 44,4 % der stimmberechtigten Bevölkerung zur Wahl gegangen waren; in den beiden anderen Bundesländern war die Beteiligung zwar etwas höher, aber auch hier in einem seit ca. 20 Jahren zu beobachtenden Prozess stetiger Abnahme. In der politischen Öffentlichkeit und auch in der Wissenschaft wurde sofort scheinbar besorgt nach den Ursachen gefragt und eine sehr oberflächliche und unverantwortliche Antwort versucht: Unzufriedenheit, Politik(er)verdrossenheit usw. Aber das ist gerade nicht schon allein oder gar von vornherein ein Indiz für

⁶ Pol. V 473 b 4 ff.

⁷ Vgl. auch zur Kritik derartiger ‚Moden‘: B. Lösch: *Deliberative Politik. Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation*. Münster 2005.

⁸ M.I. Finley: *Antike und moderne Demokratie*, Stuttgart. 1980, S. 13, 41.

die Gefährdung der Demokratie. Dieses belegt eine unlängst erschienene kleine Studie von Brigitte Geißel.⁹ Sie konnte im Rahmen einer empirischen Sozialforschung nachweisen, dass Kritik nicht von vornherein als destruktiv misszuverstehen ist und Unzufriedenheit mit den herrschenden politischen Verhältnissen nicht unbedingt Ausdruck antidemokratischer Realitätsurteile und Verhaltensdispositionen sein müssen (vorausgesetzt, es handelt sich nicht um Menschen mit undemokratischer Systempräferenz). Neben dem ‚klassischen‘ Maßstab von Demokratien, der aktiven partizipativen Unterstützung des politischen Systems, könne gezeigt werden, dass kritikbereite Bürger und Bürgerinnen eine Demokratie stärken können, dass sie gerade nicht indifferent sind in Bezug auf die Öffentlichkeit und das Gemeinwesen, sondern politisch sehr informiert und allgemein gebildet sind.

2. These:

Die letzten Beispiele zeigten, dass es offenbar eine enge Verbindung gibt zwischen der Demokratie und dem Politischen, d.h. unserem Gemeinwesen, dem Öffentlichen und der Freiheit. Und hier gibt es eine Unmenge von Widersprüchlichkeiten, die wir für einen Moment zu denken aushalten müssen. Hierfür wieder das Stichwort eines der ganz großen deutschen Lyriker: Erich Fried: Freiheit herrscht nicht, übertragen auf die Demokratie: Das Problem ist die Demokratie als Herrschaftsform – demos, das Volk, hat kratos, die Macht! Wer aber ist das Volk („Wir sind das Volk“, „Wir sind ein Volk“, wer gehört dazu?, die Fremden?, die Migrantinnen und Asylbewerber?) und über wen herrscht es bzw. hat es die Macht? Demokratie ist in den historischen Formen gesellschaftlicher Ungleichheit immer zugleich eine Organisation der Unterdrückung, als auch der politischen Bedingung und Chance zur Überwindung sozialer Ungleichheit. In dieser ambivalenten Situation gibt es eine tragbare Kompromissformel, nämlich die „Idee, dass sich die Adressaten des Rechts zugleich als dessen Autoren müssen verstehen können“.¹⁰ Das heißt aber zu Deutsch: Das einzig gültige Kriterium für Demokratie in jeglichen gesellschaftlichen Institutionen gesellschaftlicher Ungleichheit – und dieses ist ja unsere Realität, nicht irgendeine Utopie – lautet: Selbstbestimmung und unmittelbare Teilnahme oder das Postulat als Frage danach: Wer kann sich wo und wie über was selbst diejenigen öffentlichen Regeln/Gesetze tätig-mitbestimmend geben, die für ihn selber wie für alle anderen gemeinsam, kollektiv bestimmt worden sind? Hierzu gehören natürlich als eine der vielfältigen Voraussetzungen eine vollständige Informations- und Bildungspflicht wie -freiheit über den zu entscheidenden Sachverhalt aller an diesen Entscheidungsprozessen Beteiligten. Ohne Zwang, ohne mediale Manipulation etc. In dem Maße, wie hiernach Bildung als eine der unerlässlichen

⁹ B. Geißel: Kritische Bürgerinnen und Bürger – eine Gefahr für Demokratien? In: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2006 v. 20 März 2006, S. 3-9.

¹⁰ J. Habermas: Der demokratische Rechtsstaat – eine paradoxe Verbindung widersprüchlicher Prinzipien? In: Ders.: Zeit der Übergänge, Frankfurt/M. 2001, S. 135.

Voraussetzung für die Stärkung der Demokratie gelten kann, gilt dasselbe natürlich auch für die hier immer wieder angesprochenen Kategorien der aktiven ‚Teilnahme und -habe‘ am demokratischen Prozess und diese Teilnahme innerhalb eines zu gewährleistenden ‚öffentlichen Raumes‘, in dem jeder Bürger, jede Bürgerin seine resp. ihre individuelle Persönlichkeit ohne Fraktions- und Überzeugungszwang zum Ausdruck bringen kann.¹¹

3. These:

Was kann eine traditionelle Gewerkschaftsorganisation dazu bewirken? Antwort unverantwortlich knapp, aber wieder provokativ: Gar nichts! Wenn aus der Überlegung zur 2. These etwas als Problembewusstsein gewonnen worden sein könnte, dann dieses: Wir müssen uns, wenn wir über Demokratie reden, zuvor über das Wesen des Politischen verständigen – und hat das etwas mit dem traditionellen Gewerkschaftsverständnis zu tun? Nein – total gar nichts. Wenn heute zur Eröffnung dieses Ver.di-Programmdebatte des Hamburger Landesbezirks Wolfgang Rose meinte, wir seien eine ‚politische Gewerkschaft‘, dann ist das gewiss nicht im Sinne einer politischen Richtungsgewerkschaft misszuverstehen, wirft aber die zweifelnde Frage auf, wie denn dann dieses Politische zu begreifen ist. Denn wir stehen insgesamt vor einer ungeheuren Gefahr: Die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse von heute (Stichwort: Globalisierung) blockieren unsere politische Selbstbestimmung! Wir sind noch lange nicht soweit, wie es mal in der Weimarer Republik war: 1920 der vereinigte Widerstand der politischen Parteien der Arbeiterbewegung, der bürgerlichen Demokraten und des ADGBs gegen den Kapp-Putsch oder das vergleichbare Bündnis zum ‚Volksbegehren zur Fürstenenteignung‘ 1926. Wir sind aber heute auch nicht so weit wie unsere französischen Nachbarn in den letzten Wochen, in denen die Öffentlichkeit erfüllt ist von dem Protest gegen die von der Regierung verfügte zweijährige Probezeit mit der Möglichkeit einer Kündigung für Berufsanfänger: Der CGT-Gewerkschaftsführer Bernard Thibault kündigte einen „Konflikt von noch nie gekanntem Ausmaß“ an – selbst bei einer eventuellen höchstrichterlichen Bestätigung des Regierungsvorhabens, die inzwischen ja erfolgt ist.¹² Sogar nach dem konservativen Soziologen A. Touraine ziele dieser heute bereits zwei Monate andauernde Streikprotest „direkt auf wesentliche Charakteristika der freien Marktwirtschaft“ und auf eine „Abkehr vom Kapitalismus“.¹³ Diese Befunde scheinen sich allerdings zunächst auf der ureigensten Ebene sozialökonomischer Auseinandersetzungen in unserer Gesellschaft zu bewegen. Politisch aber wird dieser

¹¹ Zu diesen Bedingungen der Möglichkeit demokratischer Prozesse nach den grundlagentheoretischen Konzeptionen von H. Arendt und P. Bourdieu vgl. R. Reimer: Öffentlicher Raum und Stadtgestalt. Bedingungen des demokratischen Gemeinwesens. 2. Lernwerkstattarbeit im Master-Studiengang ‚Ökonomische und Soziologische Studien‘ an der Universität Hamburg, Fakultät für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften, Department für Wirtschaft und Politik, Hamburg April 2006.

¹² Zit. n. Frankfurter Rundschau v. 31. März 2006, S. 6.

¹³ Zit. n. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 29. März 2006, S. 5.

Protest da, wo der Staat resp. die französische Regierung diese Auseinandersetzung vor die Öffentlichkeit des Gemeinwesens bringt. Dagegen forderte etwa der Führer des größten französischen studentischen Gewerkschaftsverbandes (Unef), Bruno Julliard, eine staatliche Orientierungshilfe für jugendliche Arbeitslose und Berufsanfänger, da seine Generation „einer Welt von unbeschreiblicher Gewalt“ ausgeliefert sei und eine Konsumgesellschaft unter den Bedingungen einer globalisierten Weltwirtschaftsordnung ablehne.¹⁴

Angesichts derartiger politischer Debatten und konkreter gesellschaftlicher Entwicklungen ist mein Vorschlag: Streichung des gesamten Absatzes über Demokratie im ersten Entwurf des Grundsatzprogramms von Ver.di, „Demokratie als Staats- und Lebensform“ usw. – weil das nichts anderes bedeuten kann als das anfangs kritisierte Gerede über Demokratie! Ersatzvorschlag, um eine Bedingung der Möglichkeit zu benennen, heute „Demokratie zu stärken“: Wir treten im Rahmen öffentlicher Verantwortlichkeiten/Dienstleistungen dafür ein, dass die Menschen dazu instand gesetzt werden, die Bevölkerung dazu befähigt wird, sich für das Gemeinwesen einzusetzen, tätig sein zu können und die Gesetze ihres Zusammenlebens beständig selbst und gemeinsam bestimmen zu können.¹⁵ Dazu müssen nicht die immer wieder als dumm verschrienen „Menschenmassen im Lande“ erzogen werden, sondern allererst die Lehrer dazu informiert, ausgebildet und angeleitet werden, das den (jungen und alten) Menschen vermitteln zu können, was sie zu einer politischen Selbstbestimmung im Sinne einer Demokratie und in der Realität einer Gesellschaftsform sozialer Ungleichheit befähigt.

¹⁴ Vgl. ebd. v. 04. April 2006, S. 5.

¹⁵ Dieses gilt ebenso für die Verfassung wie für die alltäglichen parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren. Damit auch die jeweils nachfolgenden Generationen den getroffenen Beschlüssen durch aktive Teilhabe zustimmen können (Stichwort: Generationengerechtigkeit), wäre an die Schaffung eines permanenten Verfassungsprüfungsausschusses zu denken, der jeder neuen Generation, wenn sie in das wahlberechtigte Alter eintritt, etwa zum Verfassungstag die Abstimmung über die Verfassung vorlegt. Auf diese Wahl hätte die öffentliche Bildung die Jugend dann rechtzeitig vorzubereiten.